

DIW Diskussionspapiere Discussion Papers

Diskussion Paper Nr. 162

Reallöhne und Arbeitslosigkeit - Eine einfache empirische Widerlegung der neoklassischen Beschäftigungstheorie

von
Heiner Flassbeck

Berlin, Februar 1998

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Königin-Luise-Str. 5, 14195 Berlin
Phone: +49-30-89789- 0
Fax: +49-30-89789- 200
Internet: <http://www.diw-berlin.de>

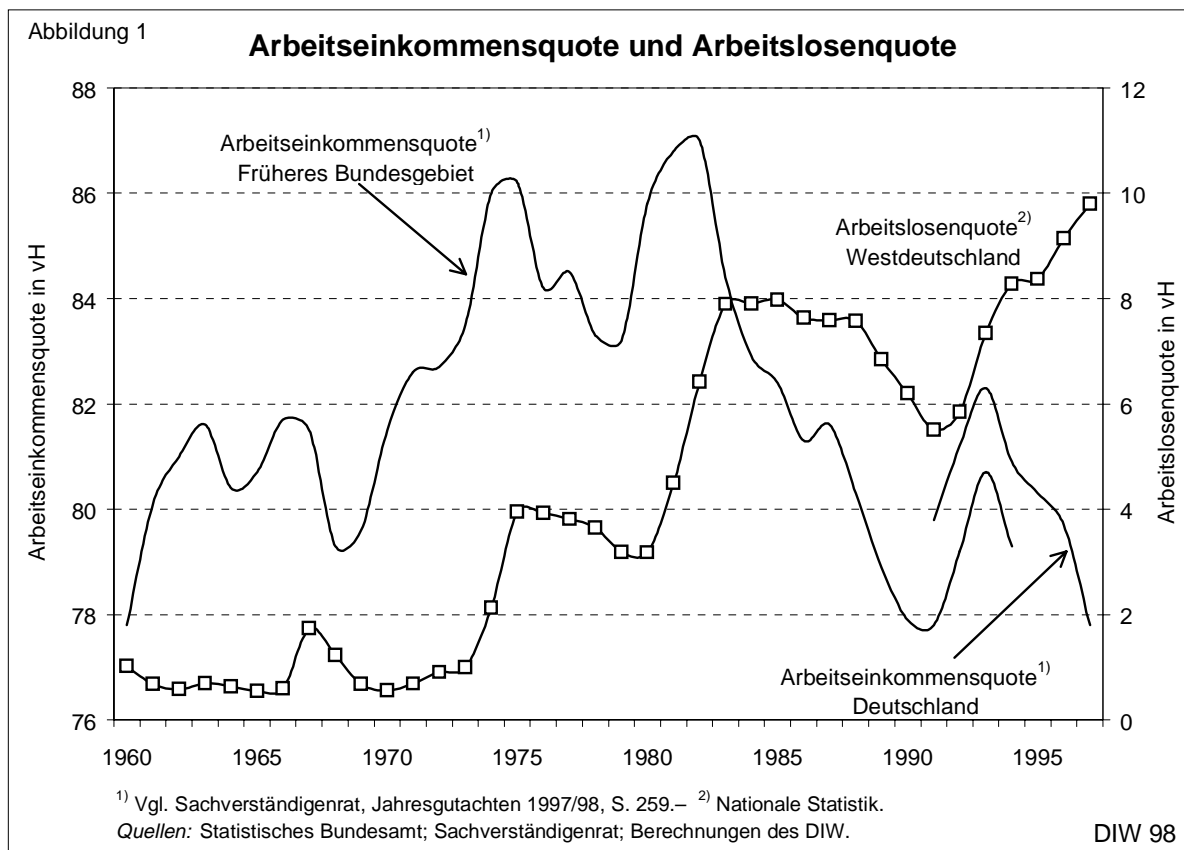
Reallöhne und Arbeitslosigkeit - Eine einfache empirische Widerlegung der neoklassischen Beschäftigungstheorie

von

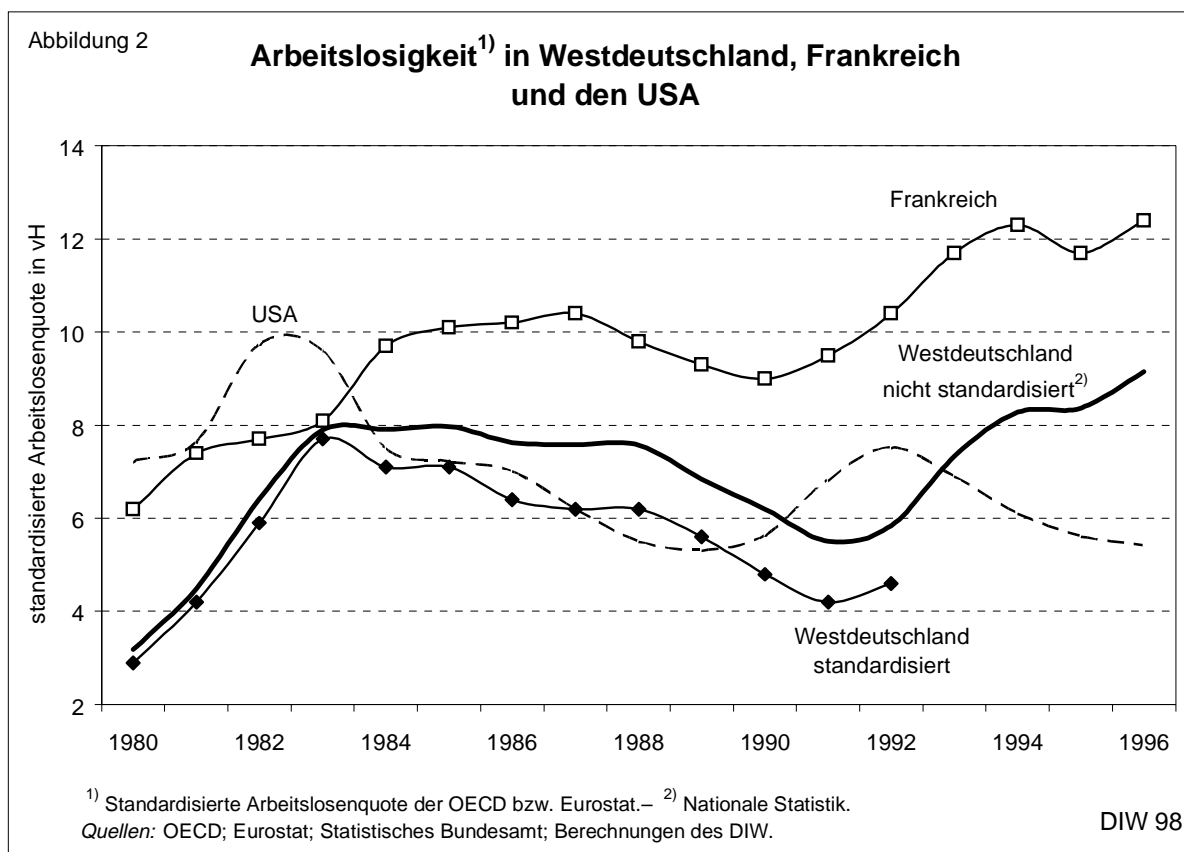
Heiner Flassbeck

1. *Die neoklassische These*

„Wenn Arbeitslosigkeit herrscht, sind die Löhne zu hoch.“ Mit dieser schlichten Formel sind schon Anfang der 80er Jahre neoklassisch ausgebildete Ökonomen dem damals neuen Phänomen der Massenarbeitslosigkeit zu Leibe gerückt. Mitte der 80er Jahre war die Theorie, nach der vornehmlich in Europa die Reallöhne zu stark gestiegen seien, zur herrschenden Lehre geworden. „Wage gap - Berechnungen“ waren en vogue¹⁾, ließ sich doch ohne weiteres zeigen, daß die Löhne in Europa - einschließlich Deutschlands - bis Anfang der 80er Jahre hinein weit stärker gestiegen waren als die Summe aus Preis - und Produktivitätszuwachs. Die funktionale Einkommensverteilung hatte sich also zugunsten der Arbeitnehmerseite verbessert. Nach den Berechnungen des Sachverständigenrates erreichte der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen im Jahre 1982 mit 87% seinen höchsten Wert, die Arbeitslosenquote war zur gleichen Zeit auf 8% gestiegen (Abb.1). Mitte der 80er Jahre änderte sich in Deutschland allerdings das Bild: die Zahl der Arbeitslosen begann zu sinken und nach der Rezession von 1981/82 war bei der Lohnentwicklung eine durchgreifende Korrektur in Gang gekommen. Dieser Befund konnte zunächst als glänzende Bestätigung der neoklassischen These angesehen werden, als der endgültige Beleg für die Überlegenheit dieses Theoriegebäudes gegenüber dem in Inflation und Umverteilung gescheiterten Keynesianismus.



Daß die Dinge so einfach nicht sind, konnte schon damals unschwer erkennen, wer einen Blick über die deutschen Grenzen warf. In unserem Nachbarland Frankreich war nach der Rezession der Rückgang der Reallöhne im Verhältnis zu Produktivität und Preisen mindestens ebenso stark ausgeprägt wie in Deutschland, ohne daß in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ähnliche Erfolge am Arbeitsmarkt sichtbar gewesen wären (Abb. 2). Heute genügt es schon, die Fakten im Inland zur Kenntnis zu nehmen. Die Quote der Arbeitseinkommen sinkt - wiederum seit der Rezession - in noch größerem Tempo als damals, die Arbeitslosigkeit aber steigt seit 1992 in West - wie in Ostdeutschland auf immer neue Rekordmarken. Doch wer geglaubt hatte, das neoklassische Gedankengebäude werde nun einer grundlegenden Revision unterworfen oder zumindest, daß die schlichten Thesen der 70er und 80er Jahren würden einer ernsthaften Überprüfung unterzogen werden, sieht sich enttäuscht. In festem Glauben an das scheinbar unerschütterliche Lehrgebäude werden die Aussagen der 70er Jahre wiederholt, wird Lohnmoderation weiterhin als das wichtigste Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angesehen.



Geändert hat sich allerdings das methodische Vorgehen der Orthodoxie. Ende der 70er Jahre verwies der Sachverständigenrat noch auf die Entwicklung der Lohnquote bzw. der Reallohnposition, um die These von den „zu hohen Löhnen“ zu belegen. Er schrieb im Jahre 1978: „Es gibt gewichtige Argumente dafür, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ... mit Störungen auf dem Arbeitsmarkt zu tun hat, weil sich bestimmte Probleme als Probleme eines zu hohen Lohnniveaus darstellen. Die realen Lohnkosten, etwa gemessen an der Reallohnposition der Arbeitnehmer, haben ein Niveau, das weit höher ist als in all den Jahren, in denen Vollbeschäftigung geherrscht hat.“⁽²⁾ Heute haben diese Lohnkosten ein Niveau, das eindeutig nicht höher oder sogar niedriger ist als in all den Jahren, in denen Vollbeschäftigung herrschte. Nun aber verweisen neoklassisch argumentierende Ökonomen nicht mehr auf die Reallohnposition oder die Arbeitseinkommensquote, sondern stellen das zuvor von ihnen selbst verwendete Konzept in Frage. Die Löhne dürften sich nicht an der tatsächlich gemessenen Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität orientieren, sondern nur an einer „um den Beschäftigungsabbau bereinigten“ (SVR 1997/98, Ziffer 368), da in der Vergangenheit die Produktivität wegen zu hoher Lohnsteigerungen stärker gestiegen sei, als mit einer „beschäftigungsneutralen“ Linie zu vereinbaren. Dieses Argument ist geeignet, die neoklassische Position vollständig gegen Falsifikation

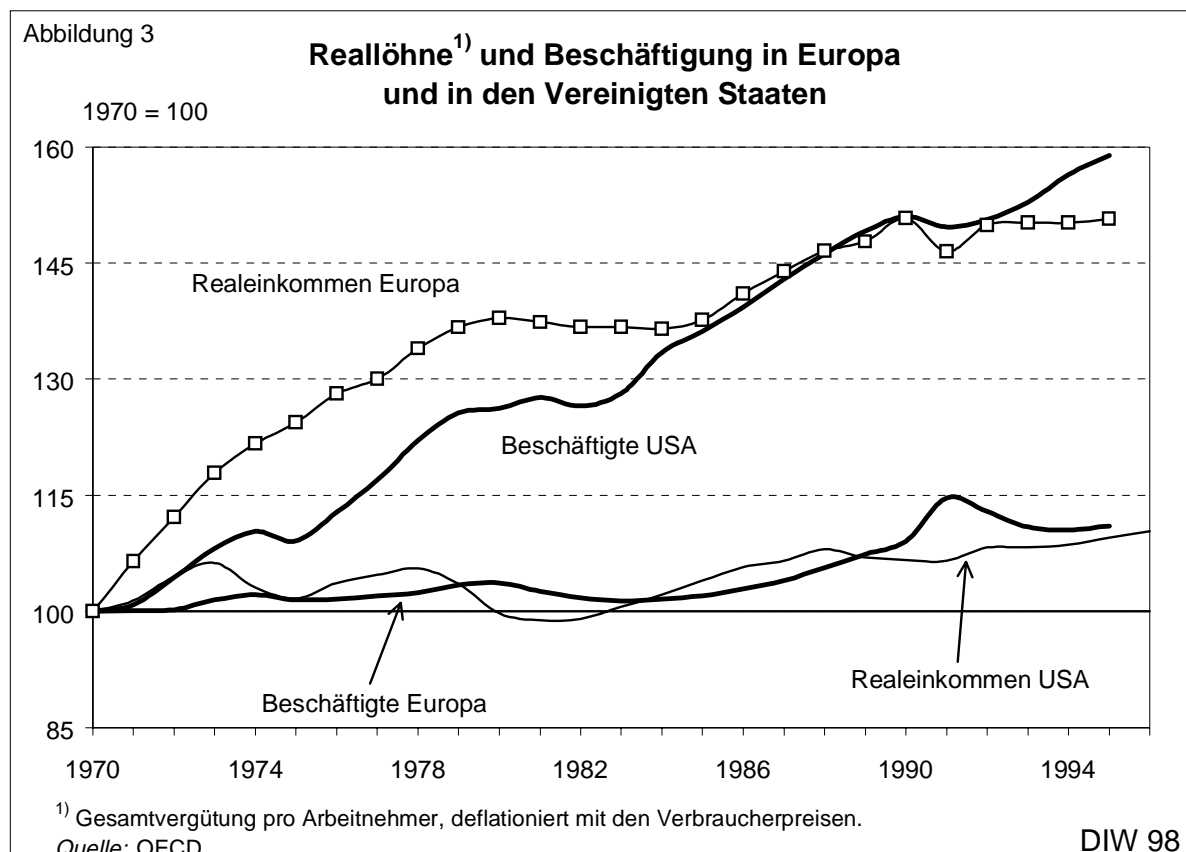
versuche zu immunisieren. Wie groß auch immer die gemessene Reallohnzurückhaltung sein mag, steigt die Arbeitslosigkeit, ist sie auf jeden Fall um die Löhne aus der Verantwortung für die Beschäftigung zu entlassen.

Allerdings ist außerhalb der statischen neoklassischen Modelle ein Beleg für die Existenz oder gar die quantitative Bedeutung eines solchen lohninduzierten, die Beschäftigung mindernden Produktivitätseffekts schwer zu finden. Ökonometrische Untersuchungen kommen zwar regelmäßig zu dem Ergebnis, daß eine Zurückhaltung bei den Reallöhnen zu einer Steigerung der Beschäftigung führt, es ist jedoch eine ganz offene Frage, ob dies die Folge von Substitutionseffekten oder anderen, von einer Lohnsenkung ausgelösten positiven Effekten ist³⁾. Siebert unterstellt, der „Fachliteratur“ folgend, eine Reallohnelastizität von 0,5, d.h., bei einer Reallohnzurückhaltung von einem Prozent stiege in Deutschland die Beschäftigung um ½ Prozent oder 170 000 Personen⁴⁾. Bei einem Reallohnabschlag von 12 % sänke - nach Siebert - die Arbeitslosigkeit auf immerhin 6 %.

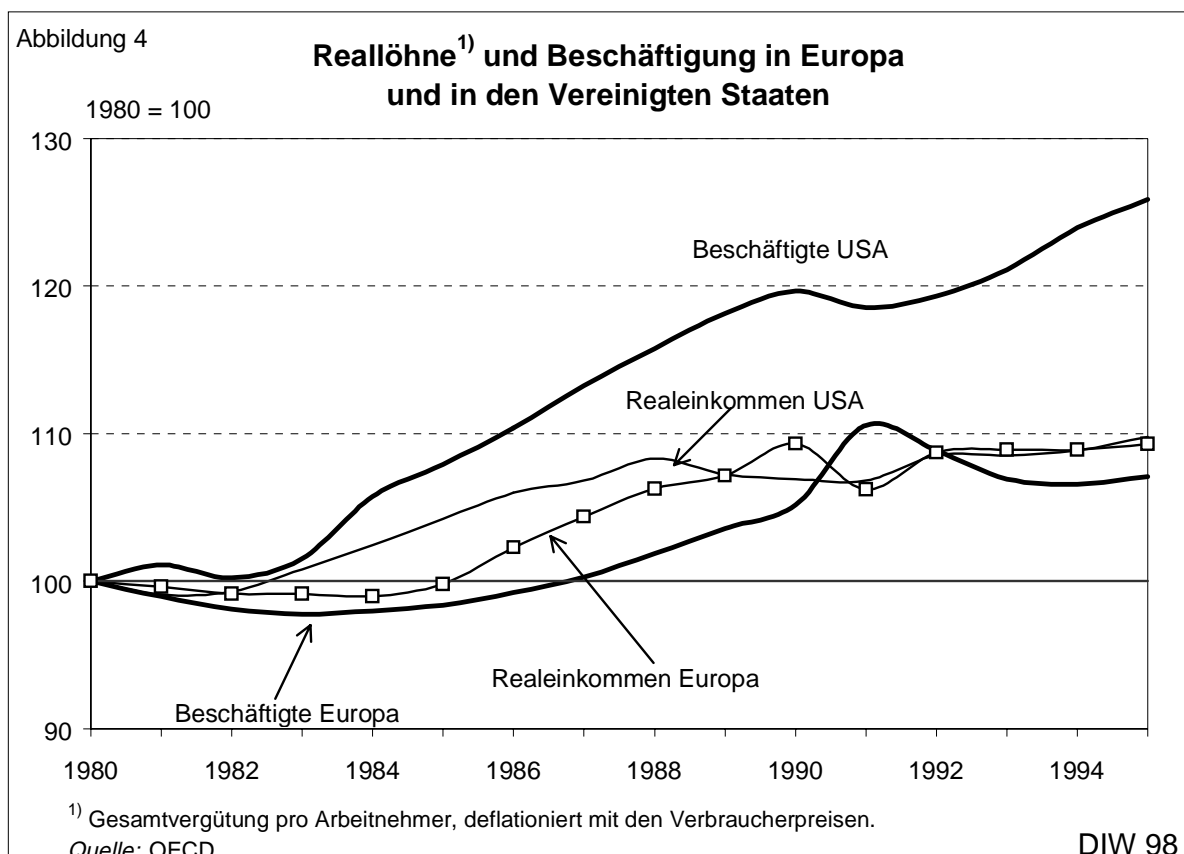
Gäbe es diese Wirkungskette überhaupt oder gar in der genannten quantitativen Dimension in einer in den Dimensionen Zeit und Raum offenen Volkswirtschaft, müßte sich empirisch in einem internationalen Vergleich nachweisen lassen, daß die Länder am Arbeitsmarkt besonders erfolgreich sind, in denen die Reallohnzurückhaltung besonders ausgeprägt ist, und umgekehrt. Wäre die neoklassische Hypothese auch nur im Ansatz richtig, müßte zumindest in solchen Regionen, die über lange Zeit mit Unterbeschäftigung zu kämpfen haben, von den Reallöhnen nachweisbar und permanent ein weit größerer Druck zur Steigerung der Produktivität ausgehen als in Regionen, die fast durchgängig Vollbeschäftigung aufweisen.

Als Beleg für diese These wird häufig die Tatsache angeführt, daß in Europa über einen sehr langen Zeitraum (zumeist werden hier die Jahre 1970 bis 1995 zugrundegelegt) gesehen die Reallöhne sehr stark gestiegen sind, in den USA aber fast gar nicht. Gleichzeitig hat dort die Beschäftigung viel stärker zugenommen als in Europa (Abb.3). Daraus wird die Überlegung abgeleitet, Europa und die USA hätten die „Wahl“ zwischen hohen Einkommenssteigerungen und Vollbeschäftigung gehabt, und Europa habe sich für ersteres, die USA aber für letzteres entschieden. In der Tat scheint die Abbildung die Hypothese zu bestätigen, daß bei einem geringeren Druck von Seiten der Reallöhne ein deutlich höheres Beschäftigungswachstum realisiert werden kann. War Europa folglich nicht „bereit“, ein Opfer in Form geringerer Einkommens-

men für mehr Arbeitsplätze zu erbringen,?. Nach der neoklassischen Beschäftigungstheorie, wo der relative Preis von Arbeit zu Kapital bei gegebener Produktion über das Einsatzverhältnis der Produktionsfaktoren entscheidet, ist das einleuchtend.



Zweifel an dieser Deutung der Wirklichkeit tauchen aber schon auf, wenn man für die in Abbildung 3 gezeigten Größen lediglich den Zeitraum wechselt. Abbildung 4 enthält exakt die gleichen Daten wie Abbildung 3, diesmal aber bezogen auf das Jahr 1980. Wäre die neoklassische Theorie richtig, müßte sie auch für diesen Zeitraum gelten. Doch nun ist der empirische Befund weit weniger evident. Zwischen 1980 und 1995 steigt das Realeinkommen der Arbeitnehmer in den USA ebenso schnell wie in Europa, obwohl sich die Beschäftigung wiederum weit stärker erhöht.

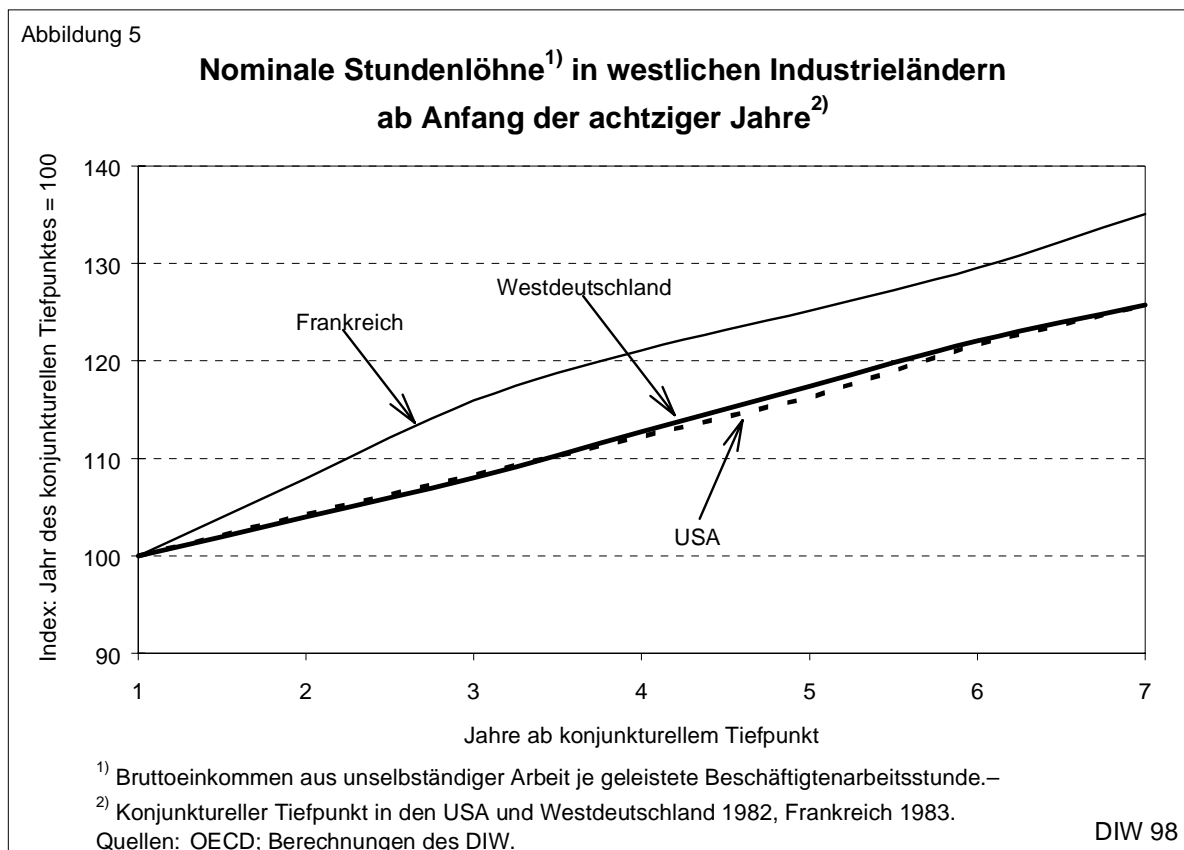


Offensichtlich wirft dieser Befund in einer neoklassischen Deutung mehr Fragen als Antworten auf. Wer hat in den USA entschieden, Lohnsteigerungen für Arbeitsplätze zu opfern, und wer weigerte sich in Europa, dies ebenfalls zu tun? Der Reallohn ist eine endogene Variable. Selbst bei zentralisierten Lohnverhandlungen wird nur der Nominallohn festgelegt, die Preise hingegen werden am Gütermarkt bestimmt. Die Reallöhne sind folglich ebenfalls das Resultat von Marktkräften. Unerklärt bleibt auch, warum seit 1970 die Produktivität in Europa „zu stark stieg“, obwohl sie weit schwächer zunahm als in den Zeiten der Vollbeschäftigung, also in den 50er und 60er Jahren. Ist nicht die entscheidende Frage vielmehr, warum trotz einer besseren Produktivitätsentwicklung in Europa das Wachstum der Einkommen nicht wie in den 60er Jahre weit höher als in den USA war. Eine der Höhe nach offene Einkommenszunahme aber ist in dem neoklassischen Modell überhaupt nicht vorgesehen. Das Einkommen muß „gegeben“ sein, da sonst die Idee einer „Wahl“ des Einsatzes der Produktionsfaktoren von vorneherein keinen Sinn macht. Warum aber sollte außerhalb einer bestimmten ökonomischen Modellwelt das Einkommen gegeben sein? Warum hätte man nicht beides haben können, höheres Einkommen und höhere Beschäftigung⁵⁾?

2. Ein internationaler Vergleich

Um die neoklassische Hypothese zu überprüfen, werden im folgenden drei Volkswirtschaften einander gegenübergestellt, die seit Anfang der 80er Jahre ganz unterschiedliche Entwicklungen der Arbeitslosigkeit aufweisen. Als erfolgreiches Land wurden die USA ausgewählt, wo zwar zu Anfang des Beobachtungszeitraumes die Arbeitslosigkeit sehr hoch war, höher sogar als in den beiden anderen betrachteten Ländern, wo es aber schon in den 80er Jahren gelungen ist, die Rate der Erwerbslosen wieder auf ein Niveau zu drücken, wie es vor der Rezession zu Beginn der 80er Jahre bestanden hatte (Abb.2). In der Mitte liegt die Bundesrepublik Deutschland. Die Zahl der Arbeitslosen ist hier zwar nach einer anfänglichen Stockungsphase kräftig gesunken, und die (von der OECD standardisierte) Arbeitslosenquote lag sogar zumeist unter der der USA, es gelang aber nicht, eine Zunahme des Niveaus der Arbeitslosigkeit über den Zyklus hinweg zu vermeiden. In keiner Weise erfolgreich bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war Frankreich. Auch nach dem Ende der Rezession im Jahre 1983 stieg hier die Arbeitslosenquote nahezu kontinuierlich an. Lediglich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre gab es eine kurze Entlastungsphase, die aber keine durchgreifende Besserung brachte,; vielmehr begann - wie in den meisten Ländern der Welt - zu Anfang der 90er Jahre eine neue Rezession.

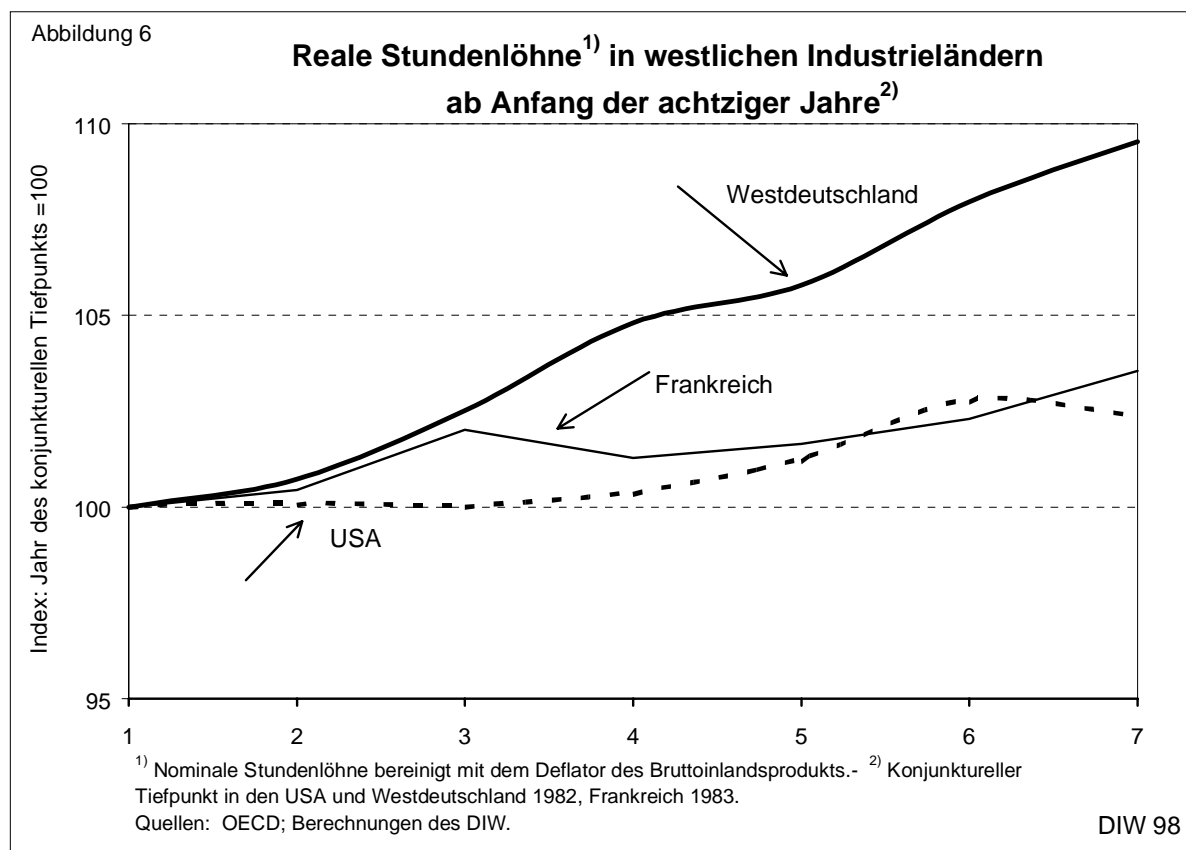
Welche Rolle spielen die Löhne bei der Erklärung dieser unterschiedlichen Verläufe? Um vergleichbare, also z.B. nicht durch unterschiedliche konjunkturelle Phasen gestörte Ergebnisse zu erzielen, wird hier die Entwicklung in allen drei Ländern jeweils vom konjunkturellen Tiefpunkt bis etwa zum konjunkturellen Höhepunkt betrachtet. Zugrunde liegen der Beurteilung damit jeweils sieben Jahre, die den Großteil des vergangenen Jahres abdecken.



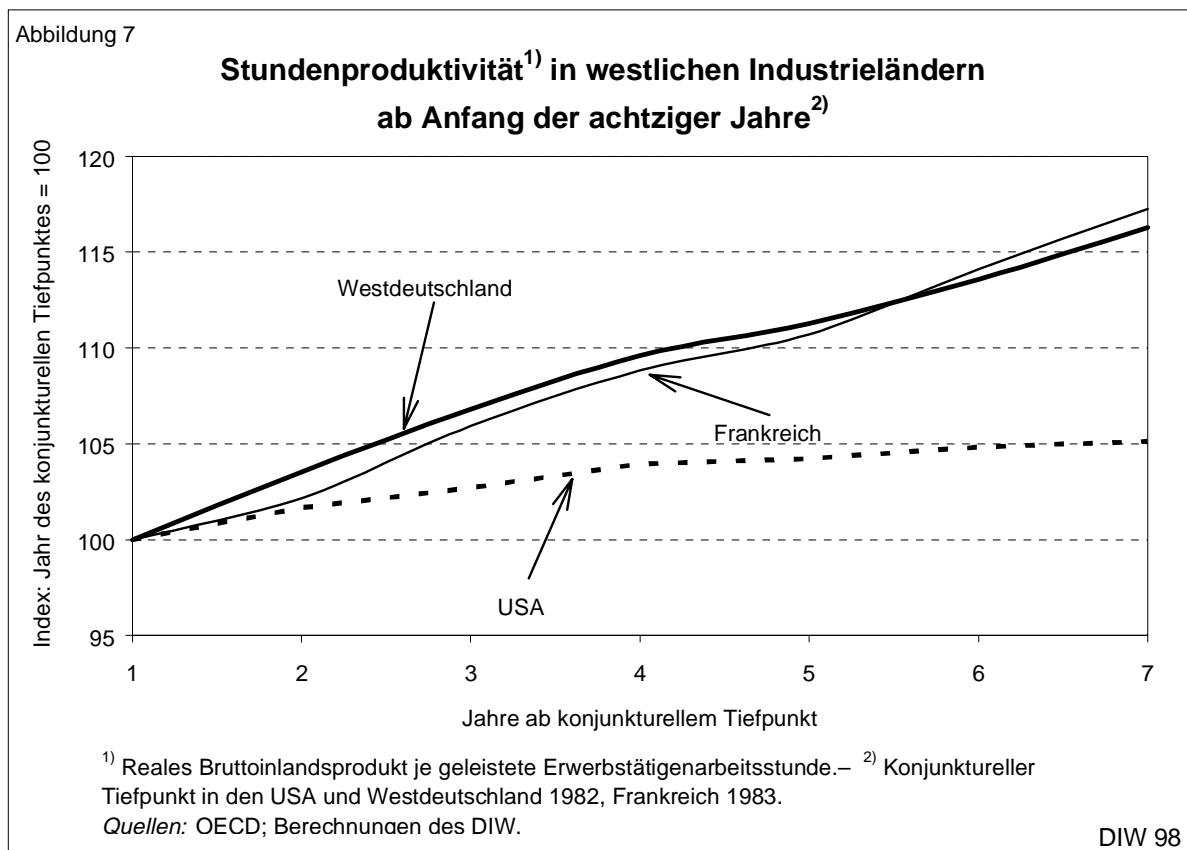
In den sieben Jahren nach dem konjunkturellen Tiefpunkt nahmen in Frankreich die Geldlöhne mit jahresdurchschnittlich fast $4\frac{1}{2}\%$ weitaus am stärksten zu (Abb. 5). In Westdeutschland und den USA gab es den exakt gleichen Zuwachs von gut 3%. Von Seiten der Nominallohne ging also in Frankreich in dieser Periode der größte Kostendruck auf die Unternehmen aus. Doch wenn die Unternehmen in der Lage sind, diese Kostensteigerungen in den Preisen ihrer Produkte an die Konsumenten weiterzugeben, wird ein solcher Druck in der Gewinn- und Verlustrechnung letztlich nicht wirksam. Es besteht folglich weitgehende Einigkeit der Ökonomen aller theoretischen Ausrichtungen, daß nur die Analyse der Reallöhne ein aussagekräftiges Bild hinsichtlich der Rolle der Löhne bei der Substitution von Arbeit durch Kapital und damit für die Arbeitsnachfrage der Unternehmen vermitteln kann.

Hier jedoch ändert sich der Befund fundamental (Abb. 6). Die Reallöhne sind in den Westdeutschland nach Ende der Rezession Anfang der 80er Jahre am stärksten gestiegen. In den USA und Frankreich, den Ländern mit der weitaus gegensätzlichsten Arbeitsmarktentwicklung haben sich sehr ähnliche Reallohnzuwächse herausgebildet. Das heißt, der Druck zur Substitution von Arbeit durch Kapital war in Frankreich so gering wie in den USA. Folglich dürfte die

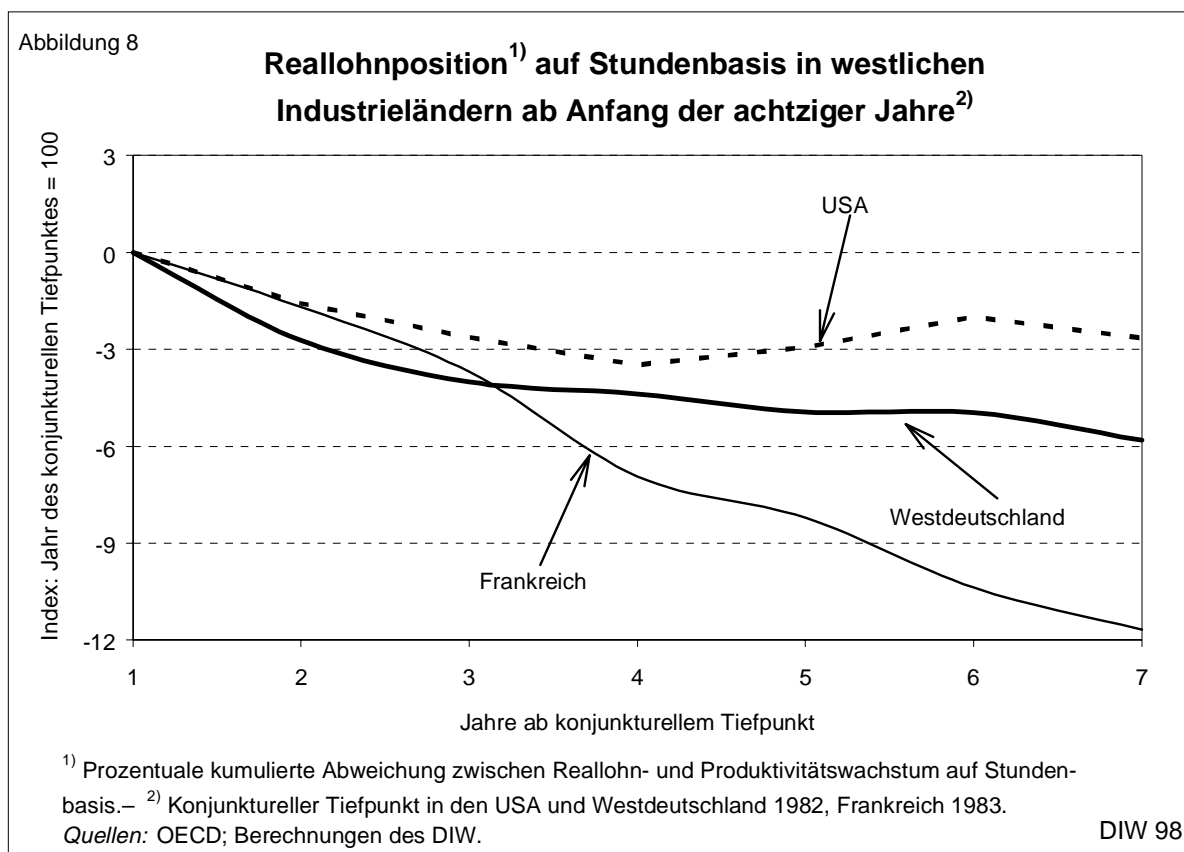
Arbeitsproduktivität in Frankreich nicht stärker gestiegen sein als in den USA - zumindest dann, wenn die neoklassische Theorie einen quantitativ relevanten Erklärungsgehalt besitzt. Tatsächlich ist sie praktisch gleich stark wie in Deutschland gestiegen. In Deutschland aber sank die Arbeitslosigkeit, während sie in Frankreich stieg.



Diese Fakten sind für die neoklassische Theorie niederschmetternd (Abb. 7). Die Arbeitsproduktivität pro Stunde steigt in Deutschland und Frankreich jeweils um gut 2 % im Jahresdurchschnitt, in den USA, die den gleichen Reallohn Druck wie Frankreich zu verzeichnen hatten, aber nur um 0,7 %. Auch mit der Entwicklung der Nominallöhne ist dieser glatte Widerspruch zu „neoklassischen Verhältnissen“ nicht zu erklären. Wäre der Nominallohn wichtiger als der Reallohn, wäre immer noch unverständlich, daß in Frankreich die Produktivität ebenso stark zunimmt wie in Deutschland, obwohl doch die Nominallöhne viel stärker als hierzulande zulegen haben.



Das Ergebnis für das letztlich allein aussagekräftige Maß für Reallohnzurückhaltung, nämlich das von der Neoklassik geforderte Zurückbleiben der Reallöhne hinter der Produktivität schließlich, ist mehr als niederschmetternd für diese Theorie (Abb. 8). Berechnet man eine Reallohnposition, also die Differenz zwischen den Wachstumsraten von Reallohn und Arbeitsproduktivität und kumuliert diese vom konjunkturellen Tiefpunkt zu Anfang der 80er Jahre an auf, sind die Verhältnisse sogar genau umgekehrt, wie es die neoklassische Theorie hatte erwarten lassen. Frankreich, das Land mit der bei weitem höchsten Arbeitslosigkeit, ist gleichzeitig das Land mit der weitaus stärksten Zurückhaltung bei den Reallöhnen. Die USA, wo die Arbeitslosigkeit am Ende des Beobachtungszeitraumes niedriger war als vor der Rezession von 1980/81, weisen die weitaus geringste Zurückhaltung bei den Reallöhnen auf. Westdeutschland nimmt auch hier eine mittlere Position ein, die Reallohnzurückhaltung ist zwar ausgeprägter als in den USA, aber geringer als in Frankreich.



In den sieben Jahren (1983 bis 1990) der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in Frankreich bleiben die Reallöhne Jahr für Jahr deutlich hinter der Produktivität zurück. Insgesamt beträgt das Ausmaß der französischen Reallohnzurückhaltung fast exakt die 12 %, die Siebert für Deutschland annimmt, und die fast zu einer Halbierung der Arbeitslosenquote führen sollen. Gleichwohl ist die Arbeitslosigkeit in diesen sieben Jahren in Frankreich nicht gesunken, sondern am Ende dieses Zeitraumes höher als zu Beginn. Hinzu kommt, daß die Arbeitslosigkeit in Frankreich in den 90er Jahren weiter stieg, obwohl sich die Reallohnzurückhaltung - wenn auch in abgeschwächtem Tempo - fortsetzte. In den USA dagegen blieb es, nach einem kurzen Rückschlag im Zuge der Rezession zu Beginn der 90er Jahre, bei der überaus erfolgreichen Beschäftigungspolitik, obwohl hier auch weiterhin die Reallohnzurückhaltung schwächer ausgeprägt war als in Europa⁶⁾.

Nun wird auch an dieser Stelle eingewandt, diese Meßergebnisse seien infolge der ambivalenten Bedeutung der Produktivität nicht in vollem Maße aussagekräftig⁷⁾. Weil die Produktivität auch wegen „zu großen Drucks“ von Seiten der Löhne gestiegen sein könne, folglich zu einem Teil das Ergebnis von Rationalisierung und Entlassungen sei, dürfe man bei dieser Berechnung

nicht den gesamten Produktivitätszuwachs verwenden, sondern müsse um den von den Löhnen erzwungenen Rationalisierungseffekt „bereinigen“. Auf diese Weise erhalte man eine „Vollbeschäftigungsproduktivität“, deren Zuwachsraten deutlich unterhalb der gemessenen Produktivität lägen.

An dieser Stelle aber läßt sich eindeutig zeigen, daß eine solche Argumentation angesichts des empirischen Befundes zu unsinnigen Schlußfolgerungen führt und der neoklassischen Theorie nur noch der Ausweg in eine tautologische Argumentation verbleibt. Eine „Bereinigung“ des aktuellen Produktivitätszuwachses hinsichtlich der Auswirkungen hoher Löhne muß auf jeden Fall an der Entwicklung der Reallöhne im Vergleich zu jenem Trend der Produktivität ansetzen, der vor der Zeit gegeben war, in der Arbeitslosigkeit entstanden ist. Oben ist schon darauf hingewiesen worden, daß der Trend der Produktivität seit langer Zeit in den USA weit unter dem in Europa und dem in den hier betrachteten Ländern liegt. Daß trotzdem nach der Rezession zu Beginn der 80er Jahre die Reallöhne in Frankreich nicht stärker gestiegen sind als in den USA, läßt nur einen Schluß zu: Der Druck, der von den Reallohnsteigerungen auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität - ganz gleich bei welchem Trend - ausgegangen ist, war in Frankreich ebenso groß wie in den USA. Eine Bereinigung um lohndruckinduzierte Produktivitätszuwächse muß also zu dem Ergebnis führen, daß die Vollbeschäftigungsproduktivität, wie immer sie auch definiert sein mag, in Frankreich in gleichem Maße unterhalb der gemessenen Produktivität liegt wie in den USA. Das wiederum bedeutet, daß das für die neoklassische Theorie paradoxe Ergebnis vollkommen erhalten bleibt. Berücksichtigt man den Trend der Produktivität „vor der Zeit“ steigender Arbeitslosigkeit zur Beurteilung des „Drucks“, der von den Reallöhnen ausging, wäre die Lohnzurückhaltung in Frankreich im Vergleich mit den USA noch ausgeprägter.

Tatsächlich kommen empirische Studien zu dem Ergebnis, in Europa sei die lohninduzierte Produktivitätssteigerung stärker und nicht schwächer als in den USA⁸⁾. Ein solches Ergebnis mag vom Untersuchungszeitraum beeinflusst sein; tatsächlich bezieht sich die Studie der EG auf den Zeitraum 1986 bis 1995, der in Europa eine schwere Stabilisierungskrise im Gefolge der deutschen Einigung einschließt, in den USA aber nur eine kurze Rezession. Wenn die neoklassische These richtig und von Relevanz ist, muß sie aber für alle längeren Zeiträume gelten, in denen eine vergleichbare zyklische Situation vorherrschte. Das Ergebnis der EG - Kommission ist aber wohl Folge einer a priori ungeeigneten Methode, bei der aus der Tatsache, daß in Eu-

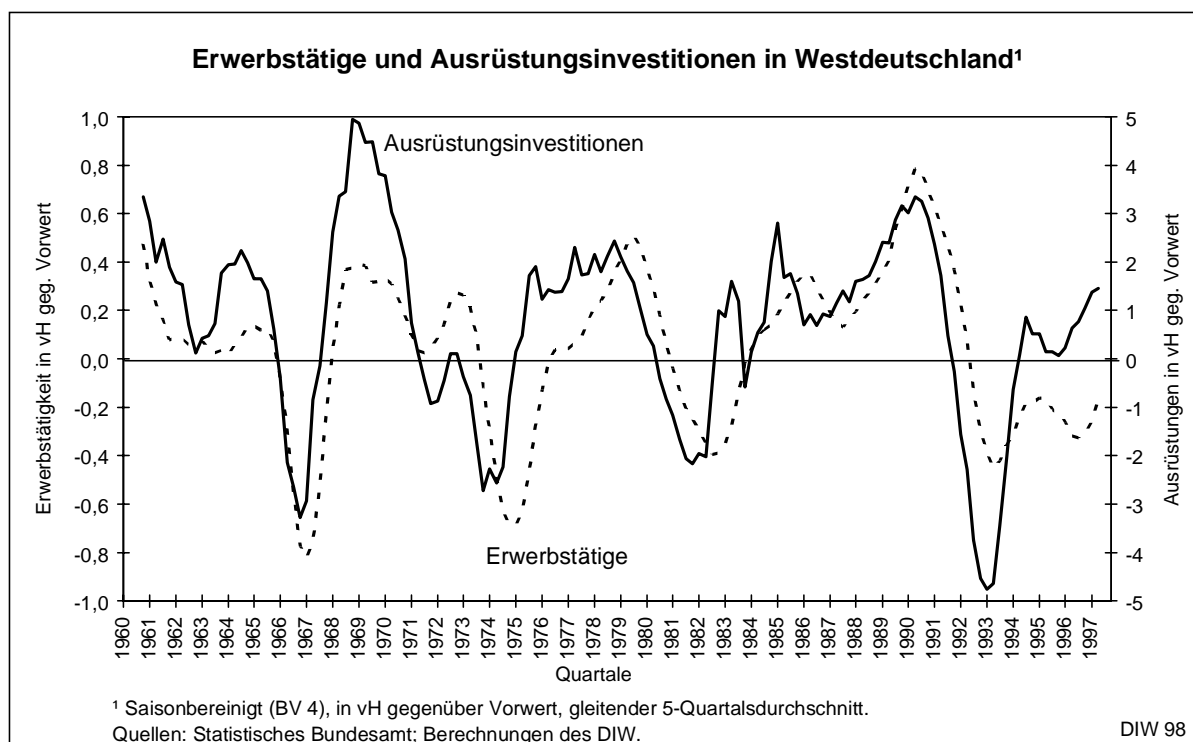
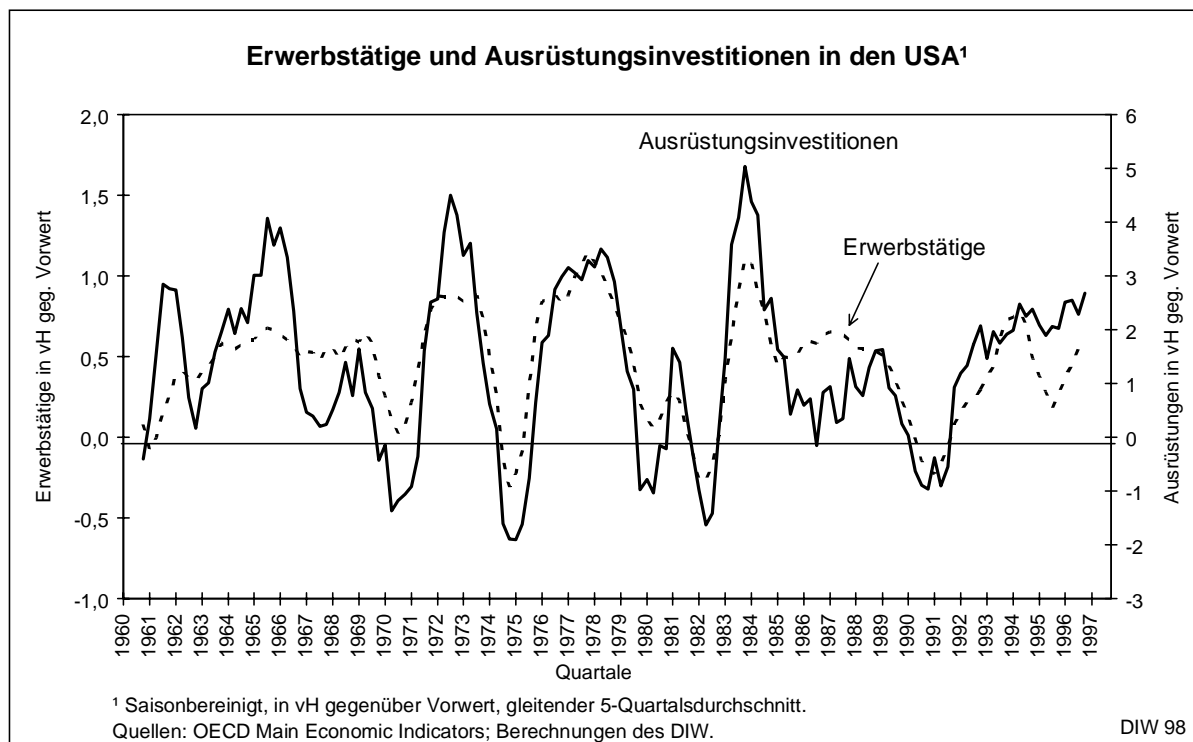
ropa höhere Arbeitslosigkeit vorliegt, schon auf einen größeren Einfluß der Löhne auf die Produktivität geschlossen wird. Ein solches Vorgehen ist aber erkenntnislogisch unzulässig, eine tautologische Aussage, da vorausgesetzt wird, was zu belegen ist. Eine „Bereinigung“ macht, wie oben dargelegt, überhaupt nur Sinn, wenn von einer „zu starken“ Steigerung des Nominal- oder Reallohnes der Effekt einer „überhöhten“ Produktivität abgeleitet wird. Doch auch in der Phase der konjunkturellen Erholung in den 90er Jahren sind die Reallöhne in Frankreich nicht stärker gestiegen als in den USA, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit aber lief wiederum weit auseinander.

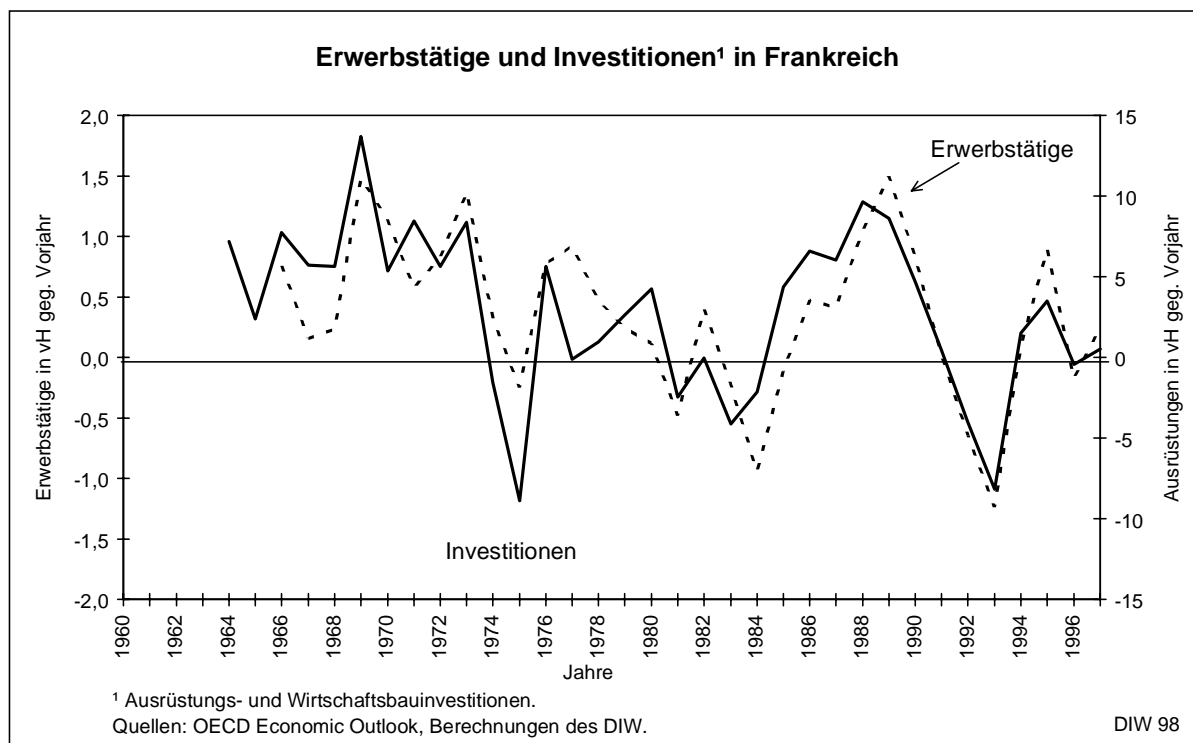
3. *Schlußfolgerungen*

Warum gilt das neoklassische Muster nicht, obgleich die Theorie doch zwingend erscheint? Die Antwort ist einfach. Die neoklassische Theorie ist nicht nur, wie Schumpeter feststellt, ...,„streng statisch in ihrem Charakter, ...sondern auch ausschließlich auf einen stationären Prozeß anwendbar“, wobei ein stationärer Prozeß nach Schumpeter ein Prozeß ist, „der sich tatsächlich nicht aus eigenem Antrieb verwandelt, sondern nur konstante Raten des Realeinkommens im Zeitablauf reproduziert“⁹⁾. Folglich ist bei der Grenzproduktivitätstheorie, die die theoretische Basis der neoklassischen Überlegungen bildet, die reale Produktion bzw. das Einkommen **per Annahme** immer schon gegeben. Nur in diesem gegebenen Rahmen entscheidet der neoklassische „Unternehmer“, ob er Arbeitskräfte einstellt oder nicht. Nur in einem solchen System muß man „wählen“ zwischen Beschäftigung und Einkommen. Das wichtigste Moment, das eine dispositive Arbeit zur unternehmerischen Arbeit und eine Wirtschaft zur Marktwirtschaft macht, nämlich die Offenheit des Prozesses für eine Mengendynamik, die von günstigen makroökonomischen Bedingungen ausgelöst wird, fehlt. Damit fehlt auch die spezifische Art von Unsicherheit, die für ein marktwirtschaftliches System das unternehmerische Handeln so unentbehrlich macht.

Ist das Einkommen, das in der nächsten Periode von allen verdient werden wird, **nicht** von vorneherein bekannt, folgt das wirtschaftliche Handeln ganz anderen Regeln, als von der neoklassischen Kunstlehre unterstellt. Den Schlüssel zum Verstehen unternehmerischen Handelns unter den Bedingungen einer zeitlich offenen Wirtschaft bietet der Zusammenhang von Investitionen und Beschäftigung (Abb. 9). Die zyklische Entwicklung beider Größen in allen drei Ländern steht - wie der Befund bei Löhnen und Beschäftigung - in klarem Widerspruch zur

neoklassischen Wahl- bzw. Substitutionshypothese. Offenbar entscheiden die Unternehmen zu keinem Zeitpunkt, Kapital **oder** Arbeit einzusetzen, sondern investieren gleichzeitig in Arbeit **und** Kapital oder desinvestieren in beide Produktionsfaktoren.

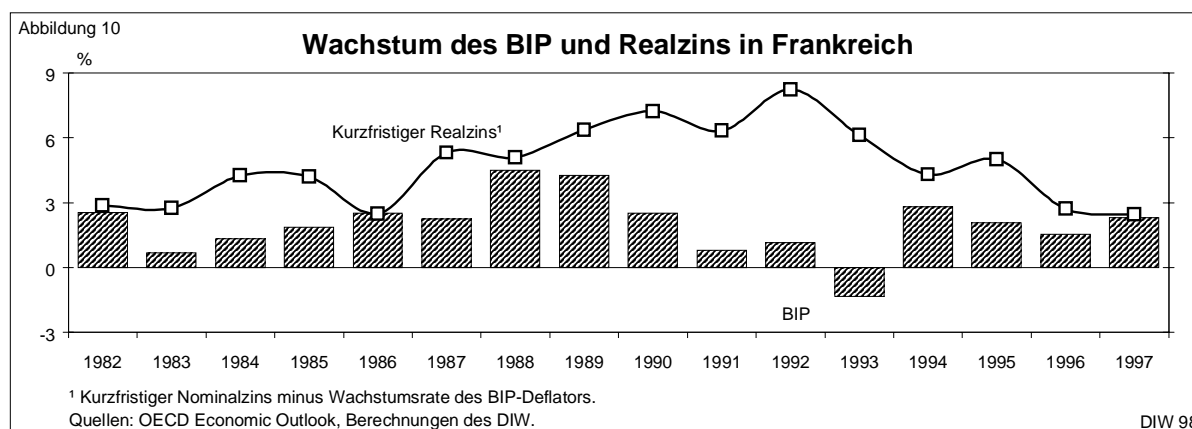




Damit muß eine Erklärung der Beschäftigung von Arbeit bei den gleichen Faktoren ansetzen wie die Erklärung der Beschäftigung von Kapital. Die vielbeschworene Flexibilität von Preisen und Löhnen tritt folglich zurück hinter Faktoren wie der Auslastung der Kapazitäten oder den Kosten der Alternativenanlage für Kapital, den Zins. In der Tat ist es wenig einleuchtend, daß mangelnde Flexibilität des Preises für Kapital eine angemessene Erklärung für die Existenz unausgelasteter, also „arbeitsloser“ Sachkapazitäten sein könnte¹⁰⁾. Nur am Arbeitsmarkt ist diese Vermutung allgegenwärtig, aber nicht, weil sie von der Sache her hier plausibler wäre, sondern weil die institutionellen Bedingungen am Arbeitsmarkt häufig die a priori - Vermutung der Ökonomen nähren, es ginge an diesem Markt nicht mit marktwirtschaftlich „rechten“ Dingen zu.

Bleibt die Frage, ob die drei betrachteten Länder im Beobachtungszeitraum so unterschiedliche Voraussetzungen von Seiten der Nachfrage inklusive der monetären Voraussetzungen hatten, daß man auf diese Weise die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit erklären kann. Ein einfacher Indikator für die monetäre Seite ist der kurzfristige Zins (real oder nominal) im Verhältnis zum Wachstumstrend in den drei Volkswirtschaften. Hier zeigt sich exakt das Muster, das eine monetäre Theorie schumpetrianischen Ursprungs nahelegt: In Frankreich sind

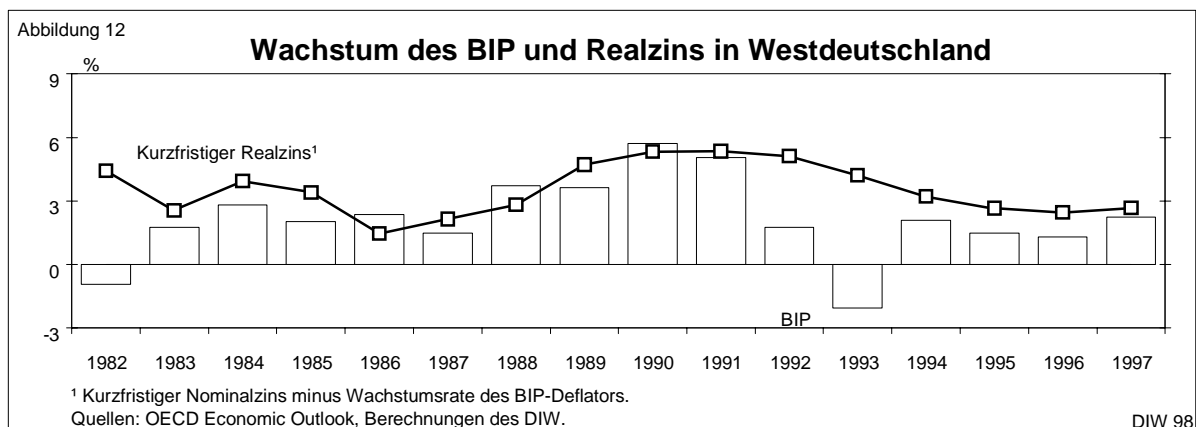
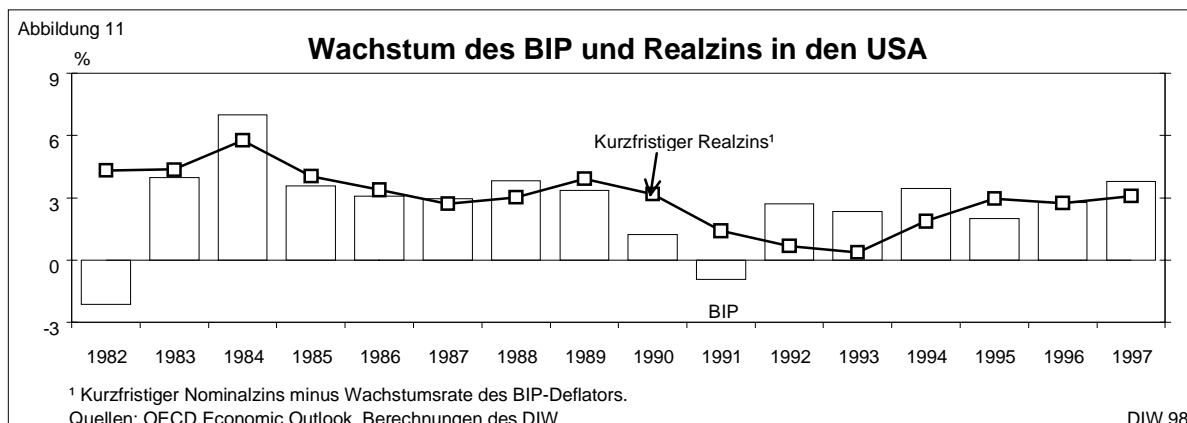
nach der Überwindung der Rezession die Zinsen nicht gesunken und befinden sich permanent weit oberhalb der Wachstumsrate des Sozialprodukts (Abb. 10).



In den USA ist das ganz anders. Im Einklang mit der günstigen Beschäftigungsentwicklung liegen die Zinsen in den 80er Jahren nicht oberhalb der Wachstumsrate des Sozialprodukts (Abb. 11 und 12). Das Wachstum selbst wurde in dieser Zeit von der Finanzpolitik angeregt. In Deutschland normalisiert sich das Verhältnis der Zinsen zur Wachstumsrate erst Mitte der 80er Jahre, ist aber weit vorteilhafter als in Frankreich. Anfang der 90er Jahre, als sich schließlich auch in Deutschland die Entwicklung der Arbeitslosigkeit weit weniger günstig als in den USA darstellt, steigt der Zins in Deutschland trotz nachlassender Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, während in den USA mit einem kurzfristigen Realzins von Null eine massive geldpolitische Stimulierung erfolgt.

Die anhaltende monetäre Restriktion in Frankreich war zwar erwünscht, um während der Ölpreiskrisen aufgetretene nominale Rigiditäten bei den Löhnen zu durchbrechen. Wegen dieser Restriktion blieb die Wachstumsrate in Frankreich aber fast in den gesamten 80er Jahren und in den 90er Jahren weit unterhalb der Raten, die vom Trend der Produktivität her gesehen möglich und nötig gewesen wären. Lediglich in den Jahren 1988 und 1989, in denen auch die Arbeitslosigkeit zurückging, wurde eine annähernd „normale“ Expansion realisiert.

Folglich sind starke Produktivitätssteigerungen in einem Land wie Frankreich - anders als die neoklassische Theorie üblicherweise implizit unterstellt - grundsätzlich kein Problem, weil die Wachstumsrate des Einkommens hier entsprechend höher sein wird als in einem Land mit schwachem Produktivitätstrend.



Eine andauernde monetäre Restriktion führt aber - unabhängig vom Produktivitätstrend - zu andauernd hoher und steigender Arbeitslosigkeit. Die Restriktion von Seiten der Geldpolitik zeigt sich folglich nicht notwendigerweise in einem absolut niedrigeren Wachstum als in anderen Ländern, sondern in geringeren Investitionen als zuvor und der Unfähigkeit, eine in einer Stabilisierungskrise entstandene Arbeitslosigkeit wirkungsvoll zu bekämpfen. Daß der Produktivitätstrend im wesentlichen nicht das Ergebnis der „Wahl“ des Faktoreinsatzverhältnisses ist, also nicht von der Lohnpolitik bestimmt wird, zeigt sich empirisch am weitgehenden Gleichlauf von Sachinvestitionen und Beschäftigung. Folglich kann selbst eine starke Reallohnzurückhaltung - wie am Beispiel Frankreichs ohne weiteres abzulesen - den Rückgang der Beschäftigung nicht aufhalten.

¹⁾ Vgl. insbesondere M. Bruno/J.D. Sachs: Economics of Worldwide Stagflation, Cambridge, Massachusetts, 1985.

²⁾ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1978/79, Ziffer 289.

³⁾ Solche Effekte sind in erster Linie der sogenannte Keynes - Effekt, also die Auswirkungen gesunkener Löhne und Preise auf die reale Geldmenge und damit die Zinsen, oder die Wirkung einer nationalen Lohnsenkung auf die inter-, nationale Wettbewerbsposition über eine Verminderung oder zumindest Mindersteigerung der Lohnstückkosten.

-
- ⁴⁾ Vgl. H. Siebert: Wenn wir die Arbeitslosigkeit wirklich halbieren wollen. Handelsblatt vom 19./20.12. 98.
- ⁵⁾ Vgl. dazu H. Flassbeck, B. Henry, P. Jacquet, R. Levine: Unemployment in Europe and the U.S.: Macroeconomic is the Key. International Politics and Society 4/1997.
- ⁶⁾ Vgl. Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vom Herbst 1997, Minderheitsvotum des DIW, S. 845. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 44/97.
- ⁷⁾ Vgl. Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vom Herbst 1997, Mehrheitsposition, S. 844.
- ⁸⁾ Vgl. Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen: Jahreswirtschaftsbericht 1997, Europäische Wirtschaft Nr. 63, 1997, S. 64.
- ⁹⁾ Vgl. J.A. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1994.
- ¹⁰⁾ Vgl. H. Flassbeck/F. Spiecker, Vergleichende Untersuchung über Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in wichtigen OECD-Ländern, Studie im Auftrag der Friederich-Ebert-Stiftung, November 1997.